

## STANDPUNKTE

Wintersession 2021

Nationalrat



## Inhalt

Datum	Nr.	Geschäft	Seite
30. November 2021	<u>20.4262</u>	Mo. Nationalrat (WAK-N). Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen	2
30. November 2021	<u>21.3293</u>	Mo. Stark. Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag	3
30. November 2021	<u>21.3977</u>	Mo. KVF-N. Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr	4
30. November 2021	<u>21.4333</u>	Mo. UREK-N. Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern	5
14. Dezember 2021	<u>21.044</u>	Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf	6
		Empfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen	7

### Impressum

UMWELTALLIANZ | ALLIANCE-ENVIRONNEMENT  
Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8  
Telefon 031 313 34 33 | Fax 031 313 34 35  
[www.umweltallianz.ch](http://www.umweltallianz.ch) | [info@umweltallianz.ch](mailto:info@umweltallianz.ch)  
Redaktion: Rahel Loretan, Anne Briol Jung

**Behandlung** 30. November 2021

[20.4262](#)

## **Mo. Nationalrat (WAK-N). Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen**

**Einleitung**

Die Motion möchte die gesetzlichen Grundlagen anpassen, so dass alle der rund 740 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) in der Schweiz Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen treffen müssen. Hierfür soll auch die Finanzierung via Abgabenerhebung angepasst und verlängert werden. Der Ständerat hat die Motion angepasst und will die zu treffenden Massnahmen auf jene ARA begrenzen, deren Ausleitung regelmässige die Grenzwerte überschreiten. Gemässe Bundesrat betrifft das ca. 100 Anlagen.

**Empfehlung**

Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion anzunehmen.

**Begründung**

Die Anpassungen im Gewässerschutzgesetz, welche 2016 in Kraft getreten sind, sehen vor, dass die für den Eintrag von Mikroverunreinigungen bedeutendsten ARA mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe gegen Mikroverunreinigungen ausgestattet werden müssen und damit 80 Prozent der Mikroverunreinigungen am Standort eliminieren sollen. Insgesamt sollen damit rund 50 Prozent der Mikroverunreinigungen, die über das Abwasser in die Gewässer gelangen, eliminiert werden. Das ist aus Umweltsicht ein wichtiger Schritt, aber es braucht definitiv grössere Anstrengungen für saubere Gewässer. In der Schweiz fallen in Industrie, Gewerbe, Haushalt und Landwirtschaft über 30'000 verschiedene Stoffe an, die als Mikroverunreinigungen in die Umwelt gelangen. Die vielfach langlebigen Stoffe sind ein Problem für die Umwelt und es bietet sich darum an, ihre Verbreitung an allen Quellen möglichst einzudämmen. Die hier vorgeschlagene Änderung darf nicht zum Vorwand werden, um andere Schadstoffquellen zu verschleiern, die viel bedeutender sind als ARA, etwa die intensive landwirtschaftliche Produktion.

Was die Finanzierung betrifft, wird der aktuelle Ausbau über eine Abgabe von 9 Franken pro Jahr pro angeschlossener Person bei einer ARA abgerechnet. Ein weiterer Ausbau der Reinigungsstufen für alle ARA würde gemäss der Stellungnahme des Bundesrates eine Erhöhung dieses Betrages auf ca. 40 Franken pro Jahr erfordern. Bei einem Fokus auf jene Anlagen, die die Grenzwerte überschreiten, sind es ca. 17.-. Was dabei nicht berücksichtigt ist, sind die Möglichkeiten einer Finanzierung nach dem Verursacherprinzip, also zum Beispiel eine entsprechende Abgabe auf problematischen Stoffen/Produkten, die zu den Mikroverunreinigungen in den ARA beitragen.

**Kontakt**

Pro Natura, Michael Casanova, [michael.casanova@pronatura.ch](mailto:michael.casanova@pronatura.ch), 061 317 92 29

<b>Behandlung</b>	<b>30. November 2021</b>
<a href="#">21.3293</a>	<b>Mo. Stark. Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag</b>
<b>Einleitung</b>	Der Bundesrat soll Möglichkeiten zur Dekarbonisierung des Infrastrukturbaus erforschen. Insbesondere ist zu prüfen, Stahlbeton durch CO <sub>2</sub> -speichernde Materialien wie Holz zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Es ist eine entsprechende Forschungs- und Umsetzungs-Strategie auszuarbeiten.
<b>Empfehlung</b>	Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion anzunehmen.
<b>Begründung</b>	Die sogenannten grauen Emissionen in Gebäuden und Infrastrukturbauten werden zunehmend relevant, weil es hier noch wenige wirksame Klimaschutzlösungen gibt und weil die Emissionen aus dem Betrieb von Gebäuden (z.B. aus fossilen Heizungen) im Vergleich dazu bereits teilweise reduziert werden konnten. Dass es bei den grauen Emissionen noch keine relevanten Fortschritte gibt, liegt v.a. an der mangelnden Regulierung: Es fehlen Anreize und Vorgaben für CO <sub>2</sub> -armes Bauen. Die in der Motion geforderte verstärkte Forschung und Entwicklung sowie Normung und Standardisierung kann ebenfalls einen Beitrag leisten. Sofern dabei Verbundwerkstoffe aus Holzfasern zum Einsatz kommen sollen, sind Fragen der Kreislaufwirtschaft zu beachten.
<b>Kontakt</b>	WWF Schweiz, Elmar Grosse Ruse, 078 745 23 41, <a href="mailto:Elmar.GrosseRuse@wwf.ch">Elmar.GrosseRuse@wwf.ch</a>

**Behandlung** 30. November 2021

[21.3977](#)

**Mo. KVF-N. Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr**

**Einleitung**

ÖV-Unternehmen, die Dieselbusse statt Elektrobuse, Wasserstoffbusse oder Biogasbusse beschaffen, werden momentan finanziell bevorzugt, weil der Staat ihnen die Mineralölsteuer zurückerstattet. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz hätte diesen klimapolitischen Fehlanreiz mit Übergangsfristen abgeschafft, was im Parlament unbestritten war. Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, diese und andere Massnahmen, die im Bericht zum Postulat der KVF-N [19.3000](#) enthalten sind, dem Parlament zu unterbreiten.

**Empfehlung**

Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion anzunehmen (= Ablehnung Minderheit Umbricht Pieren).

**Begründung**

ÖV-Unternehmen im ganzen Land – in den Städten Basel, Bern oder Zürich, aber auch im Glarnerland oder im Mittelwallis – ersetzen ihre Dieselbusse durch Busse mit klimafreundlichem Antrieb oder wollen dies demnächst tun. Die Rückerstattung der Mineralölsteuern und andere jahrzehntealte gesetzliche Auflagen erschweren solche Anschaffungen.

Der motorisierte Individualverkehr wird momentan schneller elektrifiziert als der öffentliche Verkehr. Falls politische Massnahmen ausbleiben, könnte der öffentliche Verkehr für Reisen an Destinationen ohne Bahn- oder Tramanschluss bald seinen Vorteil als klimafreundliches Verkehrsmittel verlieren.

Die Beratungen zum CO<sub>2</sub>-Gesetz haben gezeigt, dass finanzielle Mittel in relevanter Höhe für die Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs bundeskassenneutral zur Verfügung gestellt werden können (in Form der Zweckbindung der Minderausgaben für Aufhebung der Mineralölsteuerrückerstattung). Andere Regelungen, wie die Mitfinanzierung der Infrastruktur neuer Buslinien durch den Bund über das Agglomerationsprogramm für Siedlung und Verkehr, enthalten noch gar keine Regelungen, die dem Trend zur Elektrifizierung Rechnung tragen.

**Kontakt**

VCS, Luc Leumann, [luc.leumann@verkehrsclub.ch](mailto:luc.leumann@verkehrsclub.ch), 079 705 06 58

<b>Behandlung</b>	<b>30. November 2021</b>
<a href="#">21.4333</a>	<b>Mo. UREK-N. Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern</b>
<b>Einleitung</b>	Die Kommissionsmotion fordert den Bundesrat auf, Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur CO <sub>2</sub> -Abscheidung und CO <sub>2</sub> -Sequestrierung zu fördern, damit möglichst zeitnah negative Emissionen im industriellen Massstab durchgeführt werden können.
<b>Empfehlung</b>	Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion anzunehmen.
<b>Begründung</b>	Die Umweltallianz teilt die Einschätzung der UREK-N und damit auch die Stossrichtung der Motion. Aus Klimaschutzsicht entscheidend wird dabei die sichere und langfristige Rückbindung von Kohlenstoff sein. Aus Umweltschutzsicht darf dies jedoch nicht auf Kosten der Biodiversität geschehen oder zu anderen Risiken und Kollateralschäden führen. Dies gilt es insbesondere zu beachten bei sehr energieintensiven oder flächengebundenen Technologien.
<b>Kontakt</b>	WWF Schweiz, Patrick Hofstetter, <a href="mailto:patrick.hofstetter@wwf.ch">patrick.hofstetter@wwf.ch</a> , 076 305 67 37

<b>Behandlung</b>	<b>14. Dezember 2021</b>
<a href="#">21.044</a>	<b>Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf</b>
<b>Einleitung</b>	Die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» setzt sich für ein Verbot der industriellen Tierproduktion ein und fördert somit die Transition hin zu einer standortangepassten Landwirtschaft. Der Bundesrat hat einen direkten Gegenvorschlag ausgearbeitet, zu dem eine Minderheit Grossen zwei Ergänzungen einbringt. Zudem steht ein Minderheitsantrag Baumann für eine Rückweisung an die Kommission zur Debatte, mit dem Auftrag eine parlamentarische Initiative für einen indirekten Gegenentwurf zu entwickeln.
<b>Empfehlung</b>	Die Umweltallianz empfiehlt die Annahme der Initiative sowie die Unterstützung der Minderheit Baumann für eine Rückweisung an die Kommission, mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten. Der direkte Gegenvorschlag des Bundesrates kann nur unter der Annahme der Minderheit Grossen unterstützt werden.
<b>Begründung</b>	Die Schweizer Landwirtschaft hält die gesetzlich festgelegten Umweltziele nicht ein. Die Stickstossemissionen sind hoch und gefährden die Biodiversität, die Tierdichte führt zu hohen Treibhausgasemissionen und der Tierwohlstandard entspricht nicht den Anliegen der Bevölkerung. Die Initiative will sicherstellen, dass Tiere mit Respekt behandelt werden. Um dies zu erreichen, soll der Begriff der Tierwürde auf Verfassungsebene verankert werden und die Massentierhaltung nicht mehr erlaubt sein. Mit einer tierfreundlichen Unterbringung und dem Zugang ins Freie sollen diese Ziele erreicht werden. Ebenso soll der Import stärker geregelt werden. Landwirtschaftsbetriebe erhalten eine 25-jährige Übergangsfrist. Die Initiative würde bei einer Annahme die Standortangepasstheit der Schweizer Landwirtschaft stärken und somit die negativen Auswirkungen auf Klima und Biodiversität mindern. Die Importregelung soll verhindern, dass negative Umweltwirkungen ins Ausland ausgelagert würden. Die lange Übergangszeit gewährleistet eine sozialverträgliche Anpassung. Den direkten Gegenvorschlag, wie er vom Bundesrat vorgeschlagen wurde, lehnt die Umweltallianz ab, da er zu mehr Stickstoffemissionen führen würde, wenn mit den vorgesehenen Anpassungen bei der Tierhaltung (Obligatorium BTS und RAUS) nicht gleichzeitig die Reduktion der Tierzahlen einhergeht und/oder die zu hohe Produktionsintensität zurückgeführt wird. Die Minderheit Grossen fügt die Gruppengrösse und die Deklarationspflicht ein, was die Umweltallianz begrüsst. Unter diesen Bedingungen ist der direkte Gegenvorschlag zu unterstützen. Tierwohl und Umweltschutz können und müssen zusammenpassen. Deswegen unterstützt die Umweltallianz zusätzlich die Entwicklung eines indirekten Gegenvorschlags, der das Tierwohl unter Berücksichtigung einer standortangepassten Produktion, einer markformen Produktion und der ökologischen Tragfähigkeit ohne Umweg über die Verfassung direkt auf Gesetzesstufe stärkt.
<b>Kontakt</b>	Greenpeace, Alexandra Gavilano, <a href="mailto:alexandra.gavilano@greenpeace.org">alexandra.gavilano@greenpeace.org</a> , 044 447 41 38

**Empfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen**

---

<a href="#">21.3606</a>	Po. WBK-N. Energieeffizienzpotenzial der Datacenter	Annehmen
-------------------------	---	----------

---

**Parlamentarische Initiative 1. Phase**

---

<a href="#">20.447</a>	Pa. Iv. Klopfenstein Broggin. Verbot der Gratisabgabe von Einwegsäcken	Annehmen
------------------------	--	----------

---

<a href="#">21.425</a>	Pa. Iv. G. Ab 2023 nur noch Personenwagen und leichte Nutzfahrzeuge ohne fossilen Antrieb neu zulassen	Annehmen
------------------------	--	----------

---

<a href="#">21.441</a>	Pa. Iv. Suter. Für mehr Sicherheit, weniger Lärm und mehr Lebensqualität. Tempo 30 innerorts soll die Regel, Tempo 50 die Ausnahme sein	Annehmen
------------------------	---	----------

---

<a href="#">21.459</a>	Pa. Iv. Graber. Vollständige Umnutzung von altrechtlichen Hotels zulassen	Ablehnen
------------------------	---	----------

---

**Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI**

---

<a href="#">21.3691</a>	Mo. Munz. Stopp dem Lebensmittelbetrug	Annehmen
-------------------------	--	----------

---

<a href="#">21.3936</a>	Mo. Michaud Gigon. Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug	Annehmen
-------------------------	---	----------

---



## UMWELTALLIANZ

### Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8  
Telefon 031 313 34 33, Fax 031 313 34 35, [info@umweltallianz.ch](mailto:info@umweltallianz.ch)

### Mitglieder

#### Pro Natura

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel  
T 061 317 91 91, F 061 317 92 66  
[www.pronatura.ch](http://www.pronatura.ch)

#### VCS / ATE

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern  
T 0848 611 611, F 0848 611 612  
[www.verkehrsclub.ch](http://www.verkehrsclub.ch)

#### WWF

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich  
T 044 297 21 21, F 01 297 21 00  
[www.wwf.ch](http://www.wwf.ch)

#### Greenpeace

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich  
T 044 447 41 41, F 044 447 41 99  
[www.greenpeace.ch](http://www.greenpeace.ch)

### Kooperationspartner

#### Schweizerische Energie-Stiftung SES

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich  
T 044 275 21 21, F 044 275 21 20  
[www.energiestiftung.ch](http://www.energiestiftung.ch)

#### BirdLife Schweiz

SVS, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich  
T 044 457 70 20, F 044 457 70 30  
[www.birdlife.ch](http://www.birdlife.ch)

#### Alpen-Initiative

Alpen-Initiative, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR  
T 041 870 97 81  
[www.alpeninitiative.ch](http://www.alpeninitiative.ch)

#### Naturfreunde Schweiz

Naturfreunde Schweiz, Postfach, 3001 Bern  
T 031 306 67 67  
[www.naturfreunde.ch](http://www.naturfreunde.ch)

### Umweltrating

Die Umweltallianz analysiert jährlich, wie umweltfreundlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier abstimmen, siehe [www.umweltrating.ch](http://www.umweltrating.ch). Grundlage bilden die in den Standpunkten beschriebenen Geschäfte.